

EVELIN WITTICH

Linker Frühling in New York

Vom 12. bis 14. April dieses Jahres fand in New York eine Socialist Scholars Conference statt; am 16. April hatte ich zudem die Möglichkeit, an einem Rundtischgespräch des Centers for European Studies der New Yorker Universität über die Zukunft der europäischen Linken teilzunehmen. Daneben gab es Gespräche mit VertreterInnen von Organisationen, Parteien und Gewerkschaften; wir lernten interessierte und kompetente PartnerInnen kennen, mit denen wir neue Ansätze in der sozialistischen politischen Bildungsarbeit diskutierten.

Die Socialist Scholars Conference stellt sich – als größtes linkes Forum in den USA – die Aufgabe, auch über die Vereinigten Staaten hinaus ein Ort für linke Debatten zu sein. Das Thema ihrer 14. Tagung lautete »Re-Imagine Socialism« (Rückbesinnung auf den Sozialismus). Die ca. 800 TeilnehmerInnen, darunter Gäste aus mehr als zwanzig Ländern, vertraten die verschiedensten, sich als links verstehenden politischen Richtungen: Demokratische Sozialisten, Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten, Christen, Feministinnen u.a. In den 72 Panels hielten mehr als 200 Rednerinnen und Redner Vorträge und diskutierten mit den TeilnehmerInnen zu folgenden Themenbereichen:

Sozialistische Utopie und Sozialismus;

Neoliberalismus und die Rechte von Arbeitern und Emigranten;

Regierung, Politiker und die Linke;

Die Postmoderne in der linken Diskussion;

Die Werte der Grünen: Ökologie und Basisdemokratie;

Feminismus, Postmoderne und globales Kapital, Politik und Geschlechterfrage;

Die Linke und der Kampf um Arbeitsplätze in den USA und Europa, Zukunft von Arbeit überhaupt und sozialistische Lösungen;

Fragen der Demokratie: Demokratie und Kommunikation, Globalisierung und Demokratie, Informationsgesellschaft und Demokratie, direkte Arbeiterdemokratie;

Probleme der heutigen Politik: Konservative Hegemonie, die Perspektiven der künftigen Linken und mögliche Alternativen, Macht und Möglichkeiten einer neuen Weltordnung, zur Politikfähigkeit der Linken. Wird die Zivilgesellschaft von Staat und Markt erdrückt? Die Rolle der Marxschen Methode, Friedenspolitik: Gibt es humanistische Interventionen?

Die Wahlen in den USA 1996, die agierenden politischen Kräfte und Personen;

Evelin Wittich – Jg. 1950, promovierte Ökonomin, Geschäftsführerin der Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Berlin.

Die Linken in den USA, die Politisierung unter Studenten;
Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß;
China nach der Kulturrevolution;
Die Weltbank und der USA-Einfluß in der Karibik und Haiti,
Fünfzig Jahre IWF und Weltbank, Neoliberalismus: Vergleich
Kuba und Mexiko;
Europa: Die Politik der europäischen Integration, Deutschland
nach der Vereinigung, die europäische Linke, die Nachfolgepartei-
en in Osteuropa, die PDS in Italien, zur Situation im ehemaligen
Jugoslawien, die ökonomische Transformation in Rußland, Frank-
reich nach den Streiks;
Sozialistische politische Bildung, die Zukunft der Arbeiterbildung;
Bevölkerung, Ökologie und die Rolle der Frauen;
Internet und politische Schlachten in Cyberspace;
Fragen der Zensur: z.B. Pornographie;
Neoliberalismus und Gesundheitspolitik;
Globalisierung und der Nationalstaat.

Die PDS war vertreten durch *Petra Bläss* (in vier Panels zur Europäischen Union, der europäischen Linken, der deutschen Vereinigung und Feminismus) und *Evelin Wittich* (Ziel und Aufgaben politischer Bildung in der PDS und ihrem Umfeld). Gemeinsam mit *Jörg Huffschmidt* aus Bremen, der als Referent eingeladen war, beteiligten wir uns an Debatten über die Situation in der BRD und über die PDS. Das Interesse an der PDS, insbesondere an ihrer programmatischen Entwicklung, der praktischen Umsetzung ihres Pluralismus sowie ihren Chancen und Problemen in Westdeutschland war bemerkenswert. Überraschend für mich waren die engagierten Diskussionen zu den Problemen einer emanzipatorischen politischen Bildung sowie das Interesse an unserem Ansatz und unseren Erfahrungen.

Die Vielfalt der diskutierten Themen und die Art der Debatten offenbarten eine sehr weltoffene, globale Sicht, wie sie hierzulande nur äußerst selten anzutreffen ist. – In einer Auswertung der Konferenz äußerten sich ausländische TeilnehmerInnen allerdings kritisch über die mangelnde Kompetenz bei der Auswahl der ökonomischen Themen als auch über die wissenschaftliche Qualität der entsprechenden Vorträge. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Debatten in Europa – auch in Deutschland – offenbar intensiver geführt werden. Aus diesem Grund sollten sie künftig einbezogen werden. Weiterhin wurden Defizite in der Diskussion der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Ökologie und der Veränderungen in Osteuropa benannt. Entwicklungen in China und Kuba sollten noch konsequenter thematisiert werden.

Zweifellos wären die Veranstalter künftig auch an einem Diskussionsangebot aus dem Umfeld der PDS zu ökonomischen und wirtschaftswissenschaftlichen Problemen interessiert. Der Informationsbedarf über die Veränderungen in Osteuropa und Ostdeutschland ist offensichtlich groß. In den entsprechenden Beiträgen wurde dieses Mal das Ausmaß der Veränderungen leider nur in groben Konturen und sehr partiell dargestellt. Noch weniger deutlich wurden die Entwicklungen und die Erfahrungen der Nachfolger der ehemals staatstragenden Parteien.

Petra Bläss hat in ihren Beiträgen einige wichtige Fragen aufgeworfen, z.B. warum sich die PDS nicht aufgelöst und statt dessen eine Namensänderung vorgenommen hat, wie Pluralismus ohne Beliebigkeit versucht wird und was die offenen Listen für die Erneuerung der Partei bedeuten. Auch die Diskussionen um einen neuen Ansatz in der politischen Bildung haben zum besseren Verständnis beigetragen. Dennoch bleibt es für die PDS eine wichtige Aufgabe, in die internationalen Diskussionen noch aktiver einzugreifen.

In einem Gespräch mit *Charlene Mitchell*, der Sprecherin der Committees of Correspondence (CoC), ging es einerseits um die gegenwärtige Situation der Committees, die kaum Erfolge bei der Gewinnung von Mitgliedern haben, und um deren Ziel, eine linke demokratische Partei in den USA auf den Weg zu bringen, was in absehbarer Zeit wohl schwer zu erreichen sein wird. Dennoch werde dieses Ziel mit Nachdruck weiter verfolgt, und auf der o.g. Konferenz spielte in der Diskussion mit Grünen und Sozialdemokraten eine große Rolle, wie die Dominanz der beiden jetzt agierenden Parteien einzuschränken und eine wählbare linke Partei aufzubauen wäre. Die CoC besteht aus ca. 1.200 bis 1.500 Mitgliedern, die zumeist aus der KP der USA ausgetreten sind.

Andererseits gab es eine intensive Diskussion zu neuen Ansätzen für sozialistische politische Bildung. Nach einem Bericht über die Erfahrungen der PDS und die Situation der parteinahen Stiftungen sprachen wir über Möglichkeiten des intensiven Austausches und der Zusammenarbeit. Die CoC streben eine qualifiziertere Arbeit auf dem Gebiet der politischen Bildung und Kommunikation an. Gegenwärtig werden Diskussionen in Basisgruppen geführt und das Angebot der Marxist School¹ genutzt. Die Bedeutung politischer Bildung für politische Sensibilisierung und Aktivität wird, wie bei uns, hoch veranschlagt. Deshalb streben die CoC, nicht zuletzt unter Nutzung neuester Kommunikationstechnik, breitere Diskussionen sozialistischen Gedankengutes an. – Da die behandelten Probleme vielfach mit unseren identisch sind, haben wir vereinbart, sie nach Kräften gemeinsam zu diskutieren und dabei die vorhandenen technischen Möglichkeiten (e-mail usw.) zu nutzen.

Danielle Cohen vom Vorstand der Partei der Demokratischen Sozialisten der USA, die auch den Vice-Vorsitz der Socialist Scholars Konferenz innehat, informierte über die Arbeit der Partei, die gegenwärtig zwischen 12.000 und 15.000 Mitglieder hat. Sie sind vor allem in den großen Städten zu finden; in mittleren und kleinen Städten sowie auf dem Lande hingegen sind sie überhaupt nicht präsent. Wie die CoC sei die Partei daran interessiert, daß eine bedeutende linke Partei in den USA entstehe. Danielle Cohen nimmt jedoch an, daß es eher die Grünen schaffen, sich zu einer dritten Kraft in den USA zu entwickeln.

Jim West von der Kommunistischen Partei der USA interessierte sich vor allem für die Prozesse gegen ehemalige Parteifunktionäre der SED, für die Differenzen zwischen PDS und DKP und die Möglichkeiten des Zusammengehens beider Parteien. Er informierte darüber, daß die KP der USA im vergangenen Jahr mehr als

1 Die Marxist School wurde 1976 als unabhängige linke Bildungseinrichtung gegründet, die ihre Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie ehrenamtliche Arbeit realisiert. Sie steht keiner Partei nahe.

5.000 Neuaufnahmen hatte und daß für die Partei nun die komplizierte Aufgabe bestehe, mit den Mitgliedern politisch und ideologisch zu arbeiten, d.h. eine effektive politische Bildung zu organisieren. Ziel der Partei sei es, sich zu einer Massenspartei zu entwickeln. Eine Namensänderung sei für sie ein formaler Akt, wichtiger sei die programmatische Arbeit, weshalb die Partei an einem neuen Programm arbeite. Nicht für Revolutionen, sondern für Reformen seien die historischen Bedingungen gegeben, und dabei müßten Erfahrungen gesammelt werden, insbesondere wie sich die Sozialstruktur der Gesellschaft verändert.

Von der Gewerkschaft Medien (Communications Workers of America) sprachen *William F. Henning* (Vizepräsident) und *Edward F. Ott* (Politischer Direktor). Die Situation der Gewerkschaften in den USA sei kompliziert. Während der Organisationsgrad im öffentlichen Bereich sehr hoch sei und im Grunde nichts ohne die Gewerkschaften gehe, sei er im privaten Sektor bedeutungslos gering. Beide Gewerkschafter suchten u.a. Auskunft über die programmatischen Diskussionen der PDS mit Blick auf die Gewährleistung von Vollbeschäftigung. Auch in den gewerkschaftlichen Diskussionen in den USA gehe es um den aktuellen Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und um Tarifkämpfe. Doch von weitaus größerem Interesse seien Konzepte für eine Gesellschaft, die ohne Arbeitslosigkeit auskomme.

Das Rundtischgespräch über die Zukunft der europäischen Linken war von Sozialdemokraten der New Yorker Universität organisiert worden. Im Gegensatz zu vergleichbaren Veranstaltungen in Deutschland traten in der gesamten Diskussion keinerlei Vorbehalte gegenüber kommunistischen Parteien bzw. Nachfolgern ehemals kommunistischer Parteien der osteuropäischen Länder auf.

Im ersten Teil konzentrierte sich dieses Gespräch auf die Situation der Linken in Frankreich nach den Streiks im Dezember 1995. Teilnehmer aus der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und wissenschaftlichen Einrichtungen diskutierten über die Chancen von Massenbewegungen gegen die konservative Regierung, über die Potentiale der Gewerkschaften und linken Parteien, die Schwächen und Fehler der französischen Regierung und die möglichen Auswirkungen der französischen Streiks auf andere europäische Länder, insbesondere auf Deutschland.

Am Nachmittag wurden die Chancen der Sozialdemokratie in Europa und der wachsende Zuspruch für die ehemals staatstragenden, mehr oder weniger gewandelten Parteien in Osteuropa debattiert. Auch nach dem möglichen Einfluß dieser Parteien auf künftige Entwicklungen in der EU wurde gefragt. Auffallend an diesem Rundtischgespräch, an dessen Ende übrigens eine ausdrückliche Einladung an die PDS zu künftigen Veranstaltungen stand, war die Dominanz linker sozialdemokratischer Auffassungen. Rechte Positionen, wie z.B. die Behauptung, die Privatisierung von Post und Telecom sei nicht nur unvermeidbar, sondern sogar akzeptabel, wurden ziemlich heftig attackiert.

Noch intensiver als in dem Panel zur »Bedeutung sozialistischer Bildung heute« während der Socialist Scholars Conference wurde in der Marxist School die Frage nach einer wirklich

emanzipatorischen sozialistischen Bildung diskutiert. Dabei wurden die Erfahrungen aus der Arbeiterbildung und der selbstorganisierten sozialistischen Bildung in den USA (wie z.B. in der Marxist School), die Erfahrungen aus dem Parteilehrjahr der SED und die Bemühungen um einen neuen Ansatz in der PDS und ihrem Umfeld behandelt.

Von besonderem Interesse waren für die Teilnehmer aus den USA die thematischen Schwerpunkte in der Arbeit der PDS-nahen Bundesstiftung und die Zielgruppen für die Bildungsarbeit. Immer wieder wurde nach den historischen Themen und vor allem dem Umgang mit der eigenen Biographie (Biographie-Reihe in der Stiftung) gefragt. Die Stiftung wurde um Mitarbeit an einem Buchprojekt zur internationalen Geschichte sozialistischer Bildung gebeten. Diskutiert wurde die Frage, was oppositionelle politische Bildung auszeichne, wenn darunter nicht ideologische Arbeit verstanden werde? Übereinstimmung bestand darin, daß ein solches Herangehen über die Auswahl der Themen verwirklicht werden könne und die Methoden auf Zielgruppen und Themen abgestimmt werden müßten. Wie die vielen unterschiedlichen gesellschaftskritischen theoretischen Vorstellungen angeboten werden, welche WissenschaftlerInnen besonders vorgestellt werden (in den USA spielen die Auseinandersetzung mit Auffassungen der Postmoderne und die Diskussion der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle) und wie globale Probleme zusammen mit Lösungsvorstellungen diskutiert werden sollten, waren weitere Diskussionspunkte. Dabei ging die Debatte meist nicht über das Formulieren von Problemstellungen hinaus. Künftig wird über Lösungen zu reden sein.

Deshalb waren die TeilnehmerInnen an dieser Diskussionen der Meinung, daß die Debatte fortgesetzt werden sollte: sowohl über den Austausch von Positionspapieren und Bildungsprogrammen als auch durch einen mehrtägigen Workshop 1997 in Berlin.

PS. In einer praktischen Vorführung machte mich *Herbert G. Gutman* von der City University von New York, einer der Autoren des computergestützten sozialhistorischen Bildungsprogrammes »Who built America?«, mit den Möglichkeiten dieses Programmes vertraut. Dieses Programm gestattet es dem Nutzer, sich mit Hilfe von Texten, Filmsequenzen, Musik und gescannten Originaldokumenten mit der amerikanischen Geschichte zu beschäftigen. Es ist sowohl für die Arbeit einzelner Personen als auch von Schulklassen und anderen Gruppen geeignet; seit vergangenem Jahr auf dem Markt ist es vor allem an Volkshochschulen und Universitäten rasch zum Einsatz gekommen. Wie diese beeindruckende Methode für die politische Bildung genutzt werden kann, wird ein weiteres Feld der Diskussion um zeitgemäße politische Bildung sein. Die Bundesstiftung der PDS prüft zur Zeit die Möglichkeit des Erwerbs dieses Programms, um es als Modellprogramm zu nutzen, und recherchiert nach Vergleichbarem in der Bundesrepublik.